

Contacts 3/2014
Das AGEH-Magazin

Wasser ist wichtiger als Kohle

Das Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo begleitet im Nordosten Kolumbiens Menschen, denen der Steinkohleabbau die Lebensgrundlage nimmt

Steinkohlegrube im Nordosten Kolumbiens. Gefährliche Staubwolken ziehen kilometerweit durch die Luft und verursachen Atemwegserkrankungen, Haut- und Augenreizungen und Lungenkrankheiten bei den umliegenden Anwohnern.

Text und Fotos: Petra Langheinrich

Verschmutzte Flüsse, chronische Krankheiten wegen der Dauerberieselung mit Staub: Das sind nur zwei der Auswirkungen, die der rücksichtslose Abbau von Export-Steinkohle auf die indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden der Guajira haben. Petra Langheinrich hilft den Betroffenen als ZFD-Beraterin des Anwaltskollektivs dabei, für ihre Rechte zu kämpfen.



Zur Autorin:

Petra Langheinrich ist Politikwissenschaftlerin und hat einen Master für Internationale politische Beziehungen. Seit September 2013 arbeitet sie als Beraterin im Personalprogramm ZFD bei dem Anwaltsbüro José Alvear Restrepo (CCAJAR) zur Stärkung indigener und afrokolumbianischer Gemeinschaften im Bereich Bergbau.

Luis Emiro Guariyu fischt einen Kohlebrocken aus dem trüben Ranchería-Fluß und antwortet auf meine Fragen. Nein, Mitarbeiter des Umweltministeriums hätten nicht auf seine Anzeige reagiert. Ja, informiert habe er sie schon mehrmals, zuletzt vor zwei Wochen. Aber wie immer sei nichts passiert. Vorsichtig deponiert er das schwarze Kohlestück am Uferstrand: „Wir sterben hier aufgrund der Kohlemine“, sagt er. Aber das interessiere den Staat genauso wenig wie das Bergbauunternehmen Cerrejón. Ich lasse das Aufnahmegerät mitlaufen und schreibe alles wortgetreu auf. Luis Emiros Zeugenaussage ist Teil der integralen Protektionsstrategie des Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo (CCAJAR), ein Anwaltskollektiv, das ich im Rahmen des ZFD-Programms der AGEH begleite. Unser Verfahren kombiniert juristische Aktionen mit Gemeindefarbeit und Political-Advocacy-Strategien.

Gefährlicher Kohlestaub ist überall

Luis Emiro Guariyu ist der Gouverneur des indigenen Wayuu Reservats Provincial im Guajira Department im Nordosten Kolumbiens. 132 Familien leben dort auf nur knapp 550 Hektar Land. Provincial liegt direkt neben einer der größten Tagebau-Steinkohleminen der Welt. Während für die Bergbauindustrie täglich Millionen Liter Wasser aufgewendet werden, haben die Menschen in ihrer Nachbarschaft kein sauberes Trinkwasser – und das bei 40 Grad Dauerhitze.

Für über 69.000 Hektar Land hat das Unternehmen Cerrejón in den letzten Jahrzehnten Bergbaukonzessionen erhalten; weite Teile davon sind heute ein riesiges, staubiges



Die Bevölkerung von Provincial wehrt sich gegen den Bergbaukonzern Cerrejón. Bei einem sogenannten Meinungstribunal kommen die Menschenrechtsverletzungen der Firma zur Sprache.

Loch. Die Steinkohle wird aus dem Boden gesprengt und mit Muldenlastern abtransportiert. Das verursacht gefährliche Wolken von Staub, der kilometerweit durch die Luft zieht und überall auf die Menschen niederrieselt. Das Wasser und der Boden sind verschmutzt, das Pflanzenwachstum beeinträchtigt. Die Anwohner von Provincial klagen über chronische Atemwegserkrankungen, Reizungen von Haut und Augen, Lungenkrankheiten, Krebs und sogar zehn krankheitsbedingte Todesfälle zwischen 2000 und 2010.

Die einzigen Umweltstudien oder Gesundheitsanalysen, die es gibt, sind vom Unternehmen in Auftrag gegeben oder kofinanziert. Deshalb dokumentieren die betroffenen Gemeinden die Schäden akribisch selbst und reichen immer wieder Anzeigen bei staatlichen Institutionen ein. „Wo sind denn die Kopien der vorherigen Anzeigen?“, frage ich Luis Emiro. „Gibt es nicht“, antwortet mir der Gouverneur. Die Ministerien hätten ihm nie eine Kopie mit nach Hause gegeben. Er zuckt mit den Schultern: „Die Regierung hört sowieso nicht auf mich.“

Seit 30 Jahren werden Menschenrechtsverletzungen in der Kohleproduktion nicht geahndet. Juristische Klagen der Bevölkerung gegen Cerrejón ziehen die Behörden oft extrem in die Länge, sie verlaufen im Sande. Deshalb haben wir beim CCAJAR alternative Strategien entwickelt. Die Idee: Wir veranstalten ein Meinungstribunal, vor dem die Betroffenen Anklage gegen Cerrejón erheben und deren Menschenrechtsverletzungen deutlich machen können. Es hat zwar keine juristischen Konsequenzen, aber es ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Gemeinden, sich gegen Strukturen der Unterdrückung und Rechtlosigkeit zur Wehr zu setzen.

Tribunal prangert Straffreiheit für Menschenrechtsverletzungen an

Für uns bedeutet die Vorbereitung des Tribunals viel Arbeit: Beweise dokumentieren, Fotos archivieren, Unterkünfte organisieren, an eine Pressestrategie denken, Übersetzungen absprechen. Als Richter und Richterinnen schlage ich ausländische Expertinnen und Experten vor,

die einen Bezug zur Kohlethematik haben und das Tribunal auf internationales Niveau anheben. Einladungen werden verschickt, Busse organisiert. Am 7. August 2014 kommen mehr als 250 Personen aus Kolumbien und dem Ausland zum Tribunal.

Angesichts der Macht, die das Bergbauunternehmen im Land hat, ist es ein enormer Fortschritt, dass Bürgerinnen und Bürger mit unserer Hilfe den Mut finden, ihre Nöte an diesem Tag öffentlich zu machen. Luis Emiro Guariyu ist einer von vielen, die Anklage erheben. Er tritt ans Mikrofon und hält einen Stapel Papiere hoch: „Ich klage die Regierung und das Unternehmen Cerrejón an, uns das Wasser wegzunehmen. Während Cerrejón täglich 17 Millionen Liter Wasser für die Kohleproduktion verbraucht, haben wir nicht einmal sauberes Trinkwasser. Hier habe ich die Kopien meiner Anzeigen an das Umweltministerium!“ Er zwinkert mir vom Mikrofon aus zu.

Kolumbiens Steinkohle befeuert deutschen Energiemarkt

Wenn im Jahr 2018 die Kohlesubventionen enden und die letzten deutschen Zechen schließen, wird der Importanteil an Steinkohle auf 100 % anwachsen. Bereits jetzt bezieht Deutschland über 70% des Rohstoffs aus dem Ausland; einer der Hauptexporteure ist Kolumbien. Obwohl nahezu alle deutschen Energieunternehmen Steinkohle aus dem Land importieren, werden die Abbaubedingungen der Importkohle kaum diskutiert. In Kolumbien wurden vor allem in der Regierungszeit von Alvaro Uribe Vélez (2002 bis 2010) ca. 4.800.000 Hektar der Landesfläche für den Rohstoffabbau freigegeben. Auch die Regierung um Präsident Juan Manuel Santos wirbt massiv um Auslandsinvestitionen im Bergbau. Kolumbianische Kohle geht zu 95 % in den Export.

